

Frust oder Hoffnung

Flugblatt 1987 zur
Bundestagswahl

Die Kommunalwahl am 10.3.85 führte dazu, daß die GRÜNEN in der Fritzlarer Stadtverordnetenversammlung vertreten sind. Die Mehrheiten haben sich aber dadurch nicht geändert. CDU, FDP und SPD haben gemeinsam zahlreiche Anträge der GRÜNEN abgelehnt. Trotzdem konnten wir auch einige Erfolge erzielen. Ein wichtiges Ziel grüner Kommunalpolitik ist für uns, Informationen zu beschaffen und Themen in die Diskussion der Stadtverordnetenversammlung zu tragen, die in der Vergangenheit von den Vertretern der Altparteien keine oder nur ungenügende Beachtung fanden. Das leider oft polemische Verhalten - ein Zeichen dafür, daß den Altparteien oft sachliche Argumente fehlen - insbesondere aus den Reihen von CDU und FDP, wird objektiv durch den HNA-Kommentar vom 6.5.85 belegt:

Ein großer Teil der Stadtverordneten "belächelt" unsere Gedanken, Hoffnungen und Wünsche immer noch. Einige haben sich jedoch in ihrem Verhalten uns gegenüber positiv geändert, indem sie einer sachlichen Auseinandersetzung den Vorzug geben. Es handelt sich bei diesen Personen eindeutig um eine Minderheit, wenn man beispielsweise die üble

und polemische Hetzschrift der CDU "Domspatz" lesen muß. Ein weiterer Knackpunkt ist, daß wir von vielen Bürgern bei der letzten Kommunalwahl mit deren Stimmen unterstützt wurden, aber der Zustrom aktiver Mitarbeiter nicht gleichmäßig verlief. Dies bedeutet, daß notwendige Arbeit nur von wenigen

Schultern getragen wird. Viele Ideen konnten sozusagen aus Personalmangel noch nicht verwirklicht werden. Wir würden uns daher sehr freuen, wenn Sie als Wähler der GRÜNEN den Mut finden würden, mit uns gemeinsam aktiv für eine humane Welt einzutreten. Die Termine unserer öffentlichen Treffen werden im Wochenplan und in der HNA bekanntgegeben.

Herbizide

Auf Antrag der GRÜNEN wurde auf der Stadtverordnetenversammlung vom 10. Juli 85 beschlossen, daß die Stadt Fritzlar auf den Einsatz von Herbiziden und Insektiziden an öffentlichen Amlagen und Strassen verzichtet. Die GRÜNEN begründeten ihre umweltpolitische Initiative wie folgt:
"Um den bedrohten Wildpflanzen und freilebenden Tieren Refugien zum Überleben zu erhalten, muß auf den Einsatz von Herbiziden verzichtet werden. Herbizide beeinflussen nicht nur die gesunde Bodenflora, durch Ausschwemmung und Verdunstung gelangt auch ein Teil der Stoffe in die Atmosphäre sowie ins Wasser und verursacht somit eine Schadstoffanreicherung in der Pflanzen- und Tierwelt. Der Mensch wird über

die Nahrungskette (Pflanzen - Tier - Mensch) auch mit Schadstoffen belastet".
Trotz Beschluß der Stadtverordnetenversammlung wurde durch die Stadtverwaltung Ende Juli 85 Herbizide in der Fritzlarer Allee eingesetzt. Die GRÜNEN informierten daraufhin die Kommunalaufsicht. Diese bat die Stadtverwaltung, den betr. Beschluß auch einzuhalten. Auch das Bestreben der Stadt, in den Stadtteilen Herbizide einzusetzen, konnte durch die GRÜNEN verhindert werden.
In der Stadtverordnetenversammlung vom 22.5.86 wurde dann von CDU und FDP durchgesetzt, daß wieder Herbizide eingesetzt werden können. Der BUND für Umwelt und Naturschutz bezeichnete diesen Beschluß von CDU und FDP als "Ausrottung stark bedrohter Pflanzenarten". Dies wird noch unterstrichen, wenn man bedenkt, daß allein in 1984 ein Betrag in Höhe von 2.737.-DM für 140kg Herbizide ausgegeben wurde. Dieser Gifteinsatz geht zu Lasten der Umwelt und des Menschen. Die GRÜNEN werden weiterhin bestrebt sein, endlich einen Riegel vor die Zerstörung der Natur zu schieben.

L 3150 / Werkel

Nach Ansicht der GRÜNEN kann eine wirksame Reduzierung der verschiedenen Gefahren und Belastungen durch die L 3150 (Ortsdurchfahrt Werkel) nur durch eine gezielte Bremsung des Durchgangsverkehrs erreicht werden. Dazu ist - neben der Fahrbahnbreitenverringerng - die optische Einengung der Fahrbahn mittels beidseitiger Baumpflanzung auf der gesamten Länge der Ortsdurchfahrt (Allee) notwendig. Weiterhin ist auf die Bevorrechtigung des Durchgangsverkehrs zu verzichten und von den Abbiegespuren und Mittelinseln abzusehen, so daß sich der durchfahrende Verkehr auf ein Abbremsen und ggf. auch Anhalten einstellen muß. Damit wird auch das Überqueren der Strasse für Fußgänger und Radfahrer sicherer. An der östlichen Fahrbahnseite sollte ebenfalls ein kombinierter Rad- und Fußweg eingerichtet werden, da auf der Strassenseite mit der stärkeren Bebauung von einem erhöhten innerörtlichen Bedarf auszugehen ist, während der westseitliche Radweg verstärkt überörtliche Verbindungen herstellen wird.

Bürgerhaus

Ein Bürgerhaus für Fritzlar wünschen sich die GRÜNEN. Die Stadthalle ist leider nur für größere Veranstaltungen angelegt. Ein Bürgerhaus könnte durch die Bereitstellung von Räumen für Vereine, Verbände, Initiativen, Veranstaltungen, Parteien usw. ein kulturelles Zentrum werden.



V. i. S. d. P.
Jörg Warlich
Jutta Klassen-Bäumener
Peter Kuttelwascher

Marktplatz — Parkdeck

Der Fritzlärer Marktplatz sollte nach Ansicht der GRÜNEN endlich für den Durchgangsverkehr (Ausnahme: Fahrräder, Notfahrzeuge und Zuliefererverk.) gesperrt werden, damit die historische Altstadt für jung und alt attraktiv wird. Dieses Ziel haben die GRÜNEN seit Jahren vor Augen. Auf der Stadtverordnetenversammlung vom 22.2.86 stellten sie einen entsprechenden Antrag. CDU und FDP stimmten dagegen, die SPD enthielt sich der Stimme. Nur die GRÜNEN waren für eine Marktplatzsperrung.

Das geplante Parkdeck in der Hintergasse, das von CDU FDP und SPD gewünscht wird, ist ein erneutes Hindernis für eine verkehrsberuhigte Innenstadt. Die GRÜNEN sind als einzige Partei gegen das "wahnwitzige" Projekt. Die voraussichtlichen 160 Abstellmöglichkeiten ergeben bei einer Parkzeit von 1 Stunde ein Mindestverkehrsaufkommen von ca. 2000 Fahr-

zeugen in den engen Gassen. Verkehrslärm und die Gefährdung der Fußgänger - insbesondere der Kinder und der älteren Bürger - werden als negative Folgen eintreten. Außerdem gibt es genug Parkplätze in Fritzlär. Deswei-

teren bedeutet der geplante Verbrauchermarkt eine zusätzliche Konkurrenz für die Kleinbetriebe in Fritzlär. Das Parkdeck wird nämlich voraussichtlich in erster Linie von den Kunden des geplanten Supermarktes im

der Giessemer Strasse genutzt. Die GRÜNEN lehnen die Supermarktmentalität ab und haben ein Interesse daran, daß nicht weitere Kleinunternehmen in Fritzlär in ihrer Existenz bedroht werden.



ISCHIMONY und die Folgen

Die GRÜNEN sind die einzige Partei, die die Atomkraft seit Jahren eindeutig ablehnen. Damit alle Atomkraftwerke stillgelegt werden und keine Neuen die Umwelt bedrohen, bedarf es der GRÜNEN !

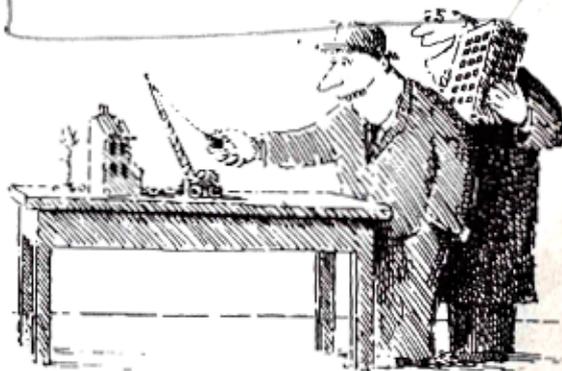
Als am 26. April der GAU in Tschernobyl geschah und auch wir durch die radioaktive Strahlung betroffen worden sind, haben wir gemeinsam mit dem Bund eine Demonstration gegen die Atompolitik organisiert, um unsere Betroffenheit zum Ausdruck zu bringen. Ein Antrag der GRÜNEN, wonach die Landwirte für ihren materiellen Schaden pro Kuh einen Betrag von 50,-DM erhalten sollten, wurde zunächst mit den Stimmen von CDU, FDP und SPD nicht auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung gesetzt. Auf der darauffolgenden Sitzung

wurde unser Ziel, den Landwirten einen Anerkennungsbeitrag zu zahlen, für längere Zeit zurückgestellt. Auf der Stadtverordnetenversammlung vom 2.10.86 beantragte die CDU, daß den Landwirten in Werkel und Ungedanken kein "Kuhgeld" gezahlt werden sollte. Die GRÜNEN dagegen beantragten, daß an alle Landwirte die GRÜNEN dagegen beantragten, daß allen Landwirten ein gleicher Betrag ausgezahlt werden sollte. Auf der Stadtverordnetenversammlung vom 20. Nov. 86 wurde endlich beschlossen, daß alle Landwirte einen gleichen Betrag von 10,-DM pro Kuh erhalten sollen. Damit konnten sich auch die GRÜNEN mit ihrer Forderung nach Gleichbehandlung aller Landwirte durchsetzen.

Die GRÜNEN unterstützen die Fritzlarer Stadtwerke bei ihrem Bemühen, das hiesige Wasserkraftwerk durch Erweiterungsinvestitionen zu modernisieren. Ziel muß sein, daß die Stromerzeugung durch alternative Energien verstärkt wird. Die GRÜNEN haben daher berechtigte Hoffnung, daß der hess. Umweltminister Fischer (GRÜNE) einen Landeszuschuß bewilligt.

Auf Initiative der Fritzlarer GRÜNEN konnte durchgesetzt werden, daß der Verein "Frauen helfen Frauen e. V." von der Stadt eine finanzielle Unterstützung erhielt. Die GRÜNEN begrüßen die Einrichtung eines Frauenhauses im Schwalm-Eder - Kreis.

Stadtansicht wird zerstört



Mit der Beschlußfassung (19. Juni 86) über die öffentliche Anhörung der Bebauungsplanung im Gebiet der Steinmühle stellten CDU und FDP die Weichen für eine Zerstörung der Südansicht der Stadt und eines bedeutenden Grüngürtels. Die GRÜNEN konnten sich leider nicht mit ihren städteplanerischen Vorstellungen durchsetzen, weil in Fritzlar noch eine CDU/FDP Mehrheit besteht. Mit der Beseitigung der Ostwiese am Südhang geht auch ein Lebensraum für eine artenreiche Tier- und Pflanzengemeinschaft verloren.



Meßergebnisse

Die Initiative der GRÜNEN, daß die wöchentlichen Messergebnisse (der radioaktiven Belastung) des Sozialministeriums durch Aushang (Rathaus) und Veröffentlichung im Wochenspiegel bekannt gegeben werden, fand bei CDU, FDP und SPD keine Zustimmung.

